
Chancenland – jetzt erst recht!

Das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft wollen wir erneuern. Denn genau dafür stehen wir Freien Demokraten: Wir setzen uns im Kern dafür ein, dass jede und jeder faire Chancen hat, ihre oder seine Wünsche und Träume zu leben – unabhängig davon, woher er kommt, woran sie glaubt, wen er liebt, was seine Eltern machen, wo sie wohnt oder wie außergewöhnlich oder ganzklassisch ihre Träume sind.

Wir nehmen nicht hin, wie stark in Deutschland immer noch das Elternhaus den Ausschlag dafür gibt, wie viele Entfaltungschancen jemand im Leben hat. Die Freien Demokraten arbeiten deswegen jeden Tag dafür, mehr Chancen für mehr Menschen zu schaffen. Das ist es, was uns antreibt. Unser Einsatz für Chancengerechtigkeit beginnt bei den Kleinsten. Darum stärken wir die Familien und vor allem die frühkindliche Bildung. Chancengerechtigkeit ist insbesondere eine Frage von Bildungschancen. Deswegen arbeiten wir für weltbeste Bildung – und sagen klar: Beste Bildung ist für uns Freie Demokraten in NRW das Wichtigste!

Das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft muss für den ganzen Lebensweg gelten. Nach der Schule beginnt die Ausbildung, startet das Studium, muss eine finanzierbare Wohnung gefunden werden, steht der Einstieg in den Job an, wird eventuell eine Familie gegründet, soll für Eigentum gespart und für das Alter vorgesorgt werden, stellt sich die Frage nach dem Aufstieg im Job, dem Sprung in die Selbständigkeit oder der Gründung der eigenen Firma. Egal, wie der präferierte Lebensweg aussieht: Wir wollen dafür sorgen, dass jede und jeder diesen Weg selbstbestimmt gehen kann. Jede und jeder soll an den Gabelungen des Lebensweges wirklich selbst in der Lage sein, echte Entscheidungen treffen zu können. Jeder Lebensweg ist einzigartig – das macht die Vielfalt unserer Gesellschaft aus. Und jeder Lebensweg soll so vielfältig wie gewünscht sein können, denn gerade die Wechsel zwischen verschiedenen Sektoren oder Erwerbsformen in Zick-Zack-Lebensläufen bereichern unsere Gesellschaft. Wenn jede und jeder die Chance hat, durcheigene Entscheidungen, Anstrengungen oder Leistungen voranzukommen, wenn es die eigene Entscheidung ist, einen Schritt nach vorn, zur Seite oder auch einmal zurückzugehen und das Leben wirklich selbstbestimmt zu gestalten, dann hält gerade diese Vielfalt unsere Gesellschaft zusammen. Wir maßen uns nicht an, Lebensziele zu bewerten. Entscheidend ist der Blickderjenigen, die den eigenen Lebensweg erfolgreich gehen oder gegangen sind. Dafür müssen alle Wege offenstehen.

Wir wollen echte Chancengerechtigkeit erreichen. Talente und Einsatz wollen wir fördern und so Aufstiegschancen vermehren – der Verlauf eines Lebenswegs darf nicht schon an seinem Beginn feststehen. Das gilt im doppelten Sinne: Weder dürfen die familiäre Herkunft, das Geschlecht, die sexuelle Orientierung oder ausländische Wurzeln über eine Lebenschance entscheiden noch eine Adresse in einem bestimmten Stadtteil. Auch im sozialen Brennpunkt, im 12. Stock des Wohnblocks müssen ganz unterschiedliche Lebensträume beginnen können. Es darf nichts in unserer Gesellschaft geben, das von dort aus niemals erreicht werden kann. Wir Freien Demokraten wollen deswegen noch stärker Bildungs- und Teilhabechancen und die Entwicklung von Quartieren zusammendenken. Wir wollen Chancen bauen, buchstäblich. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Menschen, die tagtäglich hart arbeiten und unser Land am Laufen halten, auch von ihrer Hände Arbeit gut leben können. Sie müssen die faire Chance haben, sich aus dem, was sie selbst verdient haben, etwas aufzubauen.

Diskriminierung, aus welchen Gründen auch immer, ist im gesamten Lebensweg eine massive Hürde für Aufstieg. Alltagsrassismus ist ein Problem, dem sich die gesamte Gesellschaft stellen muss. Wenn Mitbürgerinnen und Mitbürger etwa wegen des Klangs ihres Namens, der Farbe ihrer Haut oder der Postleitzahl ihres Viertels bei der Wohnungs- oder Jobsuche schlechter gestellt werden, können wir das nicht hinnehmen. Wir Freie Demokraten treten entschieden gegen jede Form der Diskriminierung ein.

Die Pandemie und ihre Folgen sind eine Bewährungsprobe für die Politik, Zukunftschancen zuzusichern. Für uns Freie Demokraten hatten und haben deswegen neben der Eindämmung der Pandemie, einem smarten Umgang mit ihr unter der Nutzung von Innovation und vor allem mehr Tempo beim Impfen, Bildung und der Zugang aller Kinder und Jugendlichen zu Bildung Priorität. Denn die Pandemie ist nicht nur eine sehr ernste Herausforderung für den Gesundheitsschutz, sie hat auch erhebliche soziale und andere Folgen, da noch lange nach Überwindung der Pandemiewirten werden. Ebenso haben wir die Folgen der Pandemie für das wirtschaftliche Leben im Blick. Denn dabei geht es nicht um wirtschaftliche Kennzahlen, es geht um Existenzen. Es geht um Menschen, die sich etwas aufgebaut haben, die hart für ihren Lebensraum gearbeitet haben, die ihren Arbeitsplatz mit viel Fleiß erreicht haben und nun oftmals in akuter Existenzangst sind. Für uns ist deswegen klar, dass alle Einschränkungen immer wieder auf den Prüfstand müssen und, sobald verantwortbar, auch zurückgenommen werden müssen.

Für die Zukunftschancen in unserem Land kommt es zudem darauf an, Lehren aus der Krise zuziehen. Denn die Krise hat gezeigt, dass bekannte Versäumnisse, wie bei der Digitalisierung, ein Land in der Krise umso stärker einholen. Und ein bekanntes Versäumnis ist auch die für ein Industrieland skandalöse Abhängigkeit des Bildungsweges von der Herkunft. Zudem sehen wir, dass Fortschritt uns erneut den Weg aus der Krise weist. Fortschritt entsteht aber nicht aus dem Nichts: Die Kombination aus Einwanderungsland und offener Gesellschaft, Marktwirtschaft und Unternehmertum, Globalisierung und Offenheit für Neues – das hat uns nicht nur den Impfstoff gebracht, es macht uns auch generell stark. All das hängt mit dem Aufstiegsversprechen untrennbar zusammen. Denn nur eine Gesellschaft, die durchlässig ist, ist wirklich offen. Und nur eine offene Gesellschaft nutzt jedes Talent mit frischen Impulsen und ist damit auch so innovativ wie möglich. Unser Anspruch für dieses Ziel ist klar: Wir wollen kein Talent mehr verschenken. Genau das macht unsere Gesellschaft nicht nur zukunftsfest, sondern auch fair.

Chancengerechtigkeit von Geburt an

Der Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben wird in den ersten Lebensjahren gelegt. Deswegen beginnt dort unser Blick auf die Chancengerechtigkeit. Und darum legen wir Freien Demokraten in Regierungsverantwortung großen Wert auf die Stärkung der frühkindlichen Bildung, denn hier entscheidet sich Chancengerechtigkeit und genau hier muss Deutschland immer noch aufholen. In Nordrhein-Westfalen zeigen wir mit dem Pakt für Kinder und Familien nach jahrelangem Stillstand, was das konkret heißt: Wir investieren seit diesem Kindergartenjahr 1,3 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr in die Kindertagesbetreuung – so viel wie in keinem anderen Bereich. Zum Beispiel durch mehr Mittel für die Sprachförderung stellen wir sicher, dass kein Kind mit Sprachdefiziten in die Grundschule kommt und von Anfang an weniger Chancen hat.

Wir Freien Demokraten wollen:

- mehr Personal für die Kitas gewinnen: Voraussetzung für eine gute frühkindliche Bildung ist gut qualifiziertes Personal. Mit dem Kita-Helfer-Programm ist es gelungen, tausende Menschen für eine Arbeit in den Kindertageseinrichtungen zu gewinnen. Ein wichtiger Schritt ist nun, dass diese Helferinnen und Helfer die Aussicht auf eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive und eine berufliche Weiterqualifizierung erhalten. So kann mittelfristig mehr pädagogisches Personal für die Kindertagesbetreuung gewonnen werden. Wir wollen eine größere Durchlässigkeit des Ausbildungssystems durch entsprechende Anschlussqualifikationen und praxisintegrierte Ausbildungsangebote.
- bundesweite Qualitätsstandards für Kitas: Wir unterstützen das Ziel, auf Bundesebene vergleichbare Standards für die Qualität in Kitas zu schaffen – damit nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern überall in Deutschland eine gute frühkindliche Bildung Priorität hat. Dies setzt auch eine finanzielle Beteiligung des Bundes voraus. Die öffentlich mehrfach erteilte Zusage der Bundesfamilienministerin, die Mittel des Gute-Kita-Gesetzes über das Jahr 2022 hinaus zu verstetigen, muss unbedingt eingehalten werden und darf keine falsche Versprechung bleiben.
- Familienzentren weiter ausbauen: Familienzentren ermöglichen Teilhabe über den Kita-Besuch hinaus und sind so wichtige Anlaufstellen im Quartier, um Chancengerechtigkeit zu fördern. Sie wollen wir deswegen weiter stärken und haben dazu die Mittel erhöht. Allein 2020 sind 150 neue Familienzentren entstanden. Diese Entwicklung wollen wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen.
- das Wirrarr an familienpolitischen Leistungen durch ein Kinderchancengeld überwinden: Es ist keine Seltenheit, dass zum Beispiel Alleinerziehende Unterhaltsvorschuss (vom Jugendamt), Kinderzuschlag (von der Familienkasse), Wohngeld (von der kommunalen Wohngeldstelle) und Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (vom Jobcenter) parallel beantragen müssen und beziehen. Für all diese Leistungen gelten unterschiedliche Anrechnungsregelungen, Mitwirkungspflichten und Bewilligungszeiträume. Das überfordert alle Beteiligten. Deshalb brauchen wir ein komplett neues System, das alle kindesbezogenen Leistungen integriert, vernetzt und vereinfacht – und digital zugänglich macht. Das geht mit unserem Kinderchancengeld, das alles in einer Leistung mit einem behördlichen Ansprechpartner zusammenführt.

Aufstiegchancen durch beste Bildung

Bildung ist der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und Aufstiegchancen für jede und jeden. Deshalb setzen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung der Bildung und wollen ermöglichen, dass durch Leistung jede und jeder alles schaffen kann. Beste Bildung von der Kita an hat für uns Freie Demokraten deswegen Priorität – auch mit Blick auf den Landeshaushalt. Nationale und internationale Bildungsstudien legen die große Herausforderung im deutschen Schulsystem regelmäßig offen: Der Bildungserfolg hängt noch immer stark vom Elternhaus ab. Dazusetzt sich auch im digitalen Zeitalter fort. Wir meinen: Das müssen wir endlich ändern! Nebeneinem guten Start in die Schullaufbahn, unter anderem durch ausreichende Deutschkenntnisse, ist der Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulformen eine entscheidende Wegmarke. Hier hat das Elternhaus – durch eigenen Bildungsgrad, finanzielle Möglichkeiten, kulturelles Kapital – nach wie vor einen dominierenden Einfluss.

In Regierungsverantwortung haben wir eine Vielzahl wichtiger Weichenstellungen für weltbeste Bildung in Nordrhein-Westfalen vorgenommen – drei Beispiele: Wirtschaft als Schulfach gibt es nun in allen weiterführenden Schulformen, Informatik wird zum Pflichtfach und es gibt 60 Talentschulen in unserem Land. Diese besonders gut ausgestatteten Talentschulen in Stadtteilen mit besonderen sozioökonomischen Herausforderungen machen konkret Bildungschancenunabhängiger von der Herkunft und vom sozialen Umfeld der Kinder. Denn wer die bestehende Chancen-Lücke wirklich schließen will, muss den Mut haben, nicht nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren, sondern die besten Schulen zum „Turnaround“ in den schwierigsten Stadtteilen errichten wollen.

Unser Bildungssystem stand bereits vor der Pandemie vor der zentralen Herausforderung, Bildungschancen unabhängig von der Herkunft zu machen. Die Pandemie hat diese Herausforderung verschärft und zugleich den Blick auf die Digitalisierung der Bildung gelenkt. Sie war damit ein entscheidender Weckruf zum Handeln. Denn gerade dann, wenn Präsenzunterricht nicht stattfinden kann, entscheidet umso mehr das eigene Umfeld, die eigene Herkunft, ob und in welchem Umfang Bildungserfolg für alle möglich ist. Eine Zukunftsaufgabe für mehr Chancengerechtigkeit ist, die Digitalisierung der Bildung auch überdies Pandemie hinaus so zu gestalten, dass sie Durchlässigkeit fördert und Hürden auf dem Weg zum Bildungserfolg abbaut. Hierzu müssen wir allen Schülerinnen und Schülern einen verlässlichen Zugang zu digitalen Medien verschaffen. Viele von ihnen werden zudem einmal in Jobs arbeiten, die es so noch gar nicht gibt. Gerade dann, wenn wir vorangehen und unsere Schülerinnen und Schüler auf diesen Wandel bestmöglich vorbereiten, entstehen neue Aufstiegschancen in der Arbeitswelt von morgen. Ein wichtiger Schritt dafür ist, dass Informatik nun in unserer Regierungsverantwortung an allen weiterführenden Schulen in NRW zu einem Pflichtfach wird.

Wir Freien Demokraten wollen:

- Schulen mit besonderen Herausforderungen in besonderer Weise unterstützen: Die Voraussetzungen der Schulen unterscheiden sich je nach Standort und Schülerschaft. Oftmals sind die Unterschiede innerhalb der Schulamtsbezirke größer als zwischen den einzelnen Schulamtsbezirken. Wir wollen deswegen den bisherigen Kreissozialindex weiterentwickeln und die Schulen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen gezielt durch eine schulscharfe sozialindexierte Zuteilung von Personal und finanziellen Ressourcen stärken. Denn Ungleichheiten bei der Chancengerechtigkeit können wir nur beseitigen, wenn auch die konkreten Herausforderungen in den Blick genommen werden. Diesen Weg wollen wir, anders als die Vorgängerregierung, konsequent mit dem Schuljahr 2021/22 gehen.
- die Schulsozialarbeit dauerhaft sichern und neu ausrichten: Zukünftig soll die Schulsozialarbeit durch das Ministerium für Schule und Bildung über Landesstellen, die nach einem neuen schulscharfen Sozialindex verteilt werden, gesteuert werden. Damit unterstützen wir insbesondere Schulen, die in schwieriger Lage mit sehr heterogener Schülerschaft besonderen Unterstützungsbedarf haben. Insbesondere die Corona-Pandemie zeigt die große Bedeutung der Sozialschularbeit deutlich auf. Unser Ziel ist es deswegen, den Stellenausbau kontinuierlich weiterzuverfolgen und den steigenden Anforderungen somit gerecht zu werden.

- Talentschulen ausrollen: Die Erkenntnisse aus diesem Schulversuch müssen zum einen im nächsten Schritt für alle Schulen im Land nutzbar gemacht werden. Zum anderen wollen landesweit in der kommenden Legislaturperiode nach demselben Konzept noch viel mehr Schulen in entsprechenden Stadtteilen zu Talentschulen machen.
- Talente fördern: Die Pandemie darf nicht zu einer Chancen-Krise werden, in der der Bildungsabschluss noch stärker als bisher vom Elternhaus und der eigenen Herkunft abhängt. Sie hat aber dieses ohnehin bestehende Kernproblem unterstrichen. Daher wollen wir ein landesweites Schülerstipendium einführen. Nach dem erfolgreichen Vorbild der Ruhrtalente sollen landesweit Stipendiatinnen und Stipendiaten aufgenommen werden und damit von der Unterstützung durch Talentscouts profitieren. Diese Talentscouts bieten in allen Bildungsgängen den Schülerinnen und Schülern, deren Talente durch fehlende Förderung oder fehlender Vorbilder zuhause auf der Strecke zu bleiben drohen, ganz konkrete Unterstützung. Sie sollen – getragen durch Kooperationen mit der Wirtschaft und Stiftungen – an Hochschulen heranzuführen, bei der Vermittlung von Betriebspraktika und Auslandsaufenthalten helfen und vor allem Ansprechpartnerin und Ansprechpartner sein. Unser Ziel ist, dass diese Förderung im ersten Halbjahr des kommenden Jahres landesweit ausgerollt wird.
- Wir fordern für alle Schulformen vermehrt die Möglichkeit, Gastunterricht von Personal aus Wirtschaft und Wissenschaft einzuführen und so einen praxis- und berufsnahen, sowie vielseitigen Unterricht zu ermöglichen.
- die Grundschulen stärken: In der Grundschule wird der Grundstein für den weiteren Bildungsweg gelegt. Wir wollen deswegen die Grundfähigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen stärken, die Schülerinnen und Schüler grundsätzlich besser auf den Übergang in die weiterführende Schule vorbereiten und vor allem unsere Grundschullehrkräfte entlasten. Dafür ist der Masterplan Grundschule ein wichtiger Schritt, der konsequent umgesetzt und dauerhaftausreichend finanziert werden muss. Wir wollen perspektivisch neben Kitas neu auch Grundschulen zu Familienzentren ausbauen und dort gezielt niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstrukturen im Quartier verankern.
- ein verbindliches Elterngespräch ermöglichen: Ohne die Eltern kann beste Bildung nur schwergelungen. Deswegen ist ein guter und enger Austausch zwischen Eltern und Schule wichtig. Wenn dieser Austausch wiederholt nicht gelingt und wenn sich der Eindruck verfestigt, dass Eltern am Bildungsauftrag für ihre Kinder nicht mitwirken können, dann muss als letzte Maßnahme ein verbindliches Elterngespräch ermöglicht werden.
- mittlere Schulabschlüsse und die berufliche Bildung stärken: Wir wollen gezielt die Haupt-, Real- und Sekundarschulen in den Blick nehmen und eine verstärkte Ausrichtung auf die Praxisförderung, damit junge Menschen gut auf eine erfolgreiche Ausbildung vorbereitet werden. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf die Digitalisierung und eine Ausbildung im digitalisierten Handwerk oder der Smart Factory. Grundsätzlich wollen wir die Berufsorientierung in allen Schulformen stärken und den Übergang zu Beruf oder Studium verbessern. Außerdem wollen wir mit einer umfassenden Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung diese zentrale Säule unseres Bildungssystems nachhaltig stärken.
- Digitale Bildung ausbauen: Wenn der Unterricht auf digital umgestellt wird, dann muss die Teilnahme daran für jede Schülerin und jeden Schüler möglich

sein, unabhängig davon, ob sich die Familie ein notwendiges digitales Endgerät leisten kann. Es war deswegen zentral, dass die Landesregierung hier den ersten Schritt gemacht hat. Denn nicht nur in einem möglichen Unterricht auf Distanz, auch im Präsenzunterricht muss der Einsatz digitaler Geräte und Anwendungen fester Bestandteil werden. Ziel der Freien Demokraten ist daher, allen Schülerinnen und Schülern möglichst durch eine 1 zu 1 Ausstattung einen sicheren Zugang zu digitalen Endgeräten und digitaler Bildung zu verschaffen.

- digitale Bildung in der Lehrkräfteausbildung verankern: In der Lehrkräfteausbildung müssen Digitalkompetenzen weiter ausgebaut werden. Das Fortbildungsangebot für alle bereits im Schuldienst tätigen Lehrkräfte muss passgenau und insbesondere für Schulleitungen erweitert werden. Um dem Ausbau der digitalen Bildung noch mehr Schub zu verleihen, wollen wir schnellstmöglich allen Schulen in Nordrhein-Westfalen die Unterstützung durch landesweit agierende Digital Coaches zusichern, die landesweit Schulträger und bei Bedarf auch einzelne Schulen konkret und intensiv beraten. Wir wollen zudem die Schulverwaltungsassistenz sowie die Ausbildung von Digitalassistenten für die Schulen ausbauen. In einem ersten Schritt soll es konkret für jedes Berufskolleg eine Schulverwaltungsassistenz geben.
- einen Digitalpakt II – mit einem Volumen von weiteren fünf Milliarden Euro für eine Laufzeit von 2025 bis 2030: Hierzu ist eine neue Bund-Ländervereinbarung zu schließen, die die ganze Breite auch von den Freien Demokraten erreichten Verfassungsänderung nutzt. Ein Digitalpakt II soll danach nicht nur auf Investitionsfinanzierung ausgerichtet sein, sondern ebenso für Betriebs- und Personalkosten zum Einsatz kommen dürfen.
- in die Infrastruktur investieren: Die Bildungseinrichtungen einer Stadt sollten die Sehenswürdigkeiten sein, weil die Gebäude in bestem Zustand sind. Wir setzen uns deswegen vor Ort insbesondere dafür ein, dass Investitionen in die Bildungsinfrastruktur Priorität haben. Auf Landesebene haben wir die Mittel der Schulpauschale/Bildungspauschale zur Unterstützung der Schulträger hierfür bereits deutlich erhöht und erstmals dynamisiert. Denn gut lernen lässt sich nur, wenn man sich voll auf den Unterricht konzentrieren kann.

Aufstiegsbiografien möglich machen

Welche Chancen Kinder und Jugendliche haben, den eigenen Lebenstraum zu verwirklichen, hängt in diesem Lebensabschnitt neben der Schullaufbahn auch von dem Umfeld ab, indem sie großwerden. Familie – meist die Eltern, oft auch der Onkel oder die Oma, manchmal auch der Freund oder die „Oma von nebenan“ – ist für viele Kinder und Jugendliche die entscheidende Unterstützung für die eigene Aufstiegsbiografie. Und Unterstützung kann hier auch ganz einfach bedeuten, ein Vorbild zu haben. Es ist klar, dass „Rolle-Models“, dass Menschen, bei denen man sich etwas abschauen kann, eine zentrale Rolle bei wichtigen Weichenstellungen spielen, die auch schon sehr junge Menschen treffen müssen. Da geht es zum Beispiel um die Frage, welche Ausbildung gewählt wird, ob dabei auch ein Studium infrage kommt und generell was man sich im Leben zutraut und was nicht. Fast nichts kann so sehr unterstützen, wie eine personifizierte Aufstiegs Geschichte, wie ein bekannter Mensch, der schon etwas geschafft hat. Das ist es, was Mut macht. Deshalb sind die Familie und ein gefestigtes persönliches Umfeld wichtige Faktoren für gelingende Aufstiegsbiographien. Andersherum schützen Partnerschaften, hohes Bildungsniveau und soziale Kontakte vor einem Abstieg in Armutgefährdung. Darüber hinaus stärken Angebote, die zu Bildung

und Teilhabe ermutigen, und ein Wohnumfeld, das informelles Lernen begünstigt, Chancengerechtigkeit.

Hinzu kommt, dass vor allem dieses Umfeld auch die Rollen prägt, die Kinder und Jugendliche vielfach einnehmen. Die Kinder und Jugendlichen sind junge Menschen, die trotz schwierigen Rahmenbedingungen ehrenamtlich engagiert sind, Leistungen in der Familie erbringen, Verantwortung für Angehörige übernehmen, sie pflegen oder ihnen im Alltag helfen. Das alles kann unser Bildungssystem oftmals nicht sehen und all das fließt deswegen nicht in die Bewertung von Leistung von jungen Menschen ein. Aber genau diese Eigenschaften von Persönlichkeiten sind es, die unsere Gesellschaft in Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Dienst braucht. Das sind die Talente, die wir manchmal übersehen. Und deswegen ist es wichtig, ein Umfeld zu schaffen, das Talente fördert.

In einem guten Umfeld aufzuwachsen, ist die beste Voraussetzung, um über sich hinauszuwachsen. Dies ist auch eine Frage der Stadtplanung und Quartierentwicklung. Wir brauchen öffentliche Räume, die die Interessen von Kindern berücksichtigen und die Begegnungen sowie soziale Vielfalt ermöglichen. In Verbindung mit niederschweligen Bildungsangeboten wie Sprachkursen, einer gelebten Offenheit der Bildungseinrichtungen im Viertel und übergreifenden Kooperationen der vor Ort handelnden Akteure von Schulen über Jugendarbeit und Vereine bis hin zu Wohnträgern können Wohnquartiere zu einem Umfeld der Chancen werden.

All das wollen wir zusammendenken. Denn wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen das Land mit dem fortschrittlichsten Talententwicklungssystem in Deutschland wird – eine Region, die Talentförderung systematisch und nachhaltig betreibt und genau dort ansetzt, wo andere bisher nur Defizite und soziale Brennpunkte in den Quartieren gesehen haben. Das Suchen und Entwickeln von Talenten unabhängig von der Herkunft soll noch vielmehr zum Selbstverständnis unseres Landes werden.

Wir Freien Demokraten wollen:

- eine Agenda für Alleinerziehende: Alleinerziehende stehen häufig vor großen finanziellen Problemen. Das wirkt sich auf die Chancen der Kinder aus. Deswegen wollen wir Alleinerziehende stärken: durch einen flächendeckenden Ausbau der Betreuungsangebote insbesondere auch in Randzeiten, eine Vereinfachung der Unterstützungsleistungen durch das Kinderchancengeld, mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung, mehr Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, Unterstützung beim Kindesunterhalt und nicht zuletzt eine wirksamere finanzielle Entlastung. Dabei wäre es sinnvoll, Alleinerziehenden anstelle eines Steuerfreibetrags künftig eine - von der Steuerschuld abzuziehende - Steuergutschrift zu ermöglichen. Das entlastet bei niedrigen und mittleren Einkommen mehr als ein Freibetrag.
- Talent-Treffpunkte gründen: Anknüpfen an bestehende Initiativen und Talentscouting und -förderung wollen wir Empowerment-Strukturen landesweit ausbauen. Viel zu oft können sich Talente nicht entfalten, weil sie in ihrem Umfeld niemanden haben, der sie dabei als Ansprechpartner oder Vorbild unterstützt. Dabei wissen wir, wo die vergessenen Talente unseres Landes zu finden sind und wie wir sie entfalten können. Konkrete Anlaufstellen sollen deswegen – in einem ersten Schritt in allen Großstädten in NRW in jeweils den Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen – Beratung und Unterstützung

für die eigenen Lebens- auf Aufstiegspläne bieten und damit Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern helfen, den eigenen Weg zu Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen. Das ist auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse: In (unentdeckte) Talente unabhängig von ihrer Herkunft zu investieren ist der einzige Weg, unsere Gesellschaft langfristig zukunftsfähig zu machen, weil wir diese Talente in Zukunft noch dringender brauchen werden als jetzt schon. Zudem soll es bei diesen Treffpunkten gezielt auch um die Vermittlung von Teilhabechancen und die Identifikation mit Staat und Gesellschaft gehen. Denn wer nicht an Bildung teilhaben kann, wird mit höherer Wahrscheinlichkeit auch nicht am politischen System teilhaben. Deswegen sollen über diese Treffpunkte gezielt auch demokratische Werte aufsuchend und emotional vermittelt werden, um einen Bezug zu unserer Verfassung in die Quartiere zu bringen. Junge Menschen, die sich bisher nicht für Demokratie interessieren, sollen durch Kenntnisse des politischen Systems und des Grundgesetzes aktiv am gesellschaftlichen und demokratischen System teilnehmen.

- das Bildungs- und Teilhabepaket entbürokratisieren: Viel zu oft werden die zur Verfügung stehenden Mittel bisher nicht genutzt. Wir wollen die Verfahren durch Möglichkeiten der Digitalisierung vereinfachen und so die Nutzung deutlich erhöhen. Unser Ziel ist ein Kinderchancenportal, über das die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen selbstständig und kinderleicht abgerufen werden können.
- Jugendliche an politischen Entscheidungen beteiligen: Wir setzen uns dafür ein, in allen Städten und Gemeinden eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zum Beispiel durch Jugendparlamente zu institutionalisieren. Gerade wenn es durch bessere Bildungschancengelingt, Jugendlichen zugleich den Wert von Teilhabe zu vermitteln, wollen wir sie auch teilhaben lassen und früh an die Demokratie als Wert an sich binden. Deswegen werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken.
- Forschungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder fördern: Zugang zu Bildung ermöglichen und vor allem Neugier für Forschung und den MINT-Bereich wecken – das leisten auch außerschulische Bildungseinrichtungen, wie Junior Universitäten und Museen. Wir wollen solche Initiativen weiter unterstützen und durch bessere Rahmenbedingungen fördern, damit sie mehr Talente gerade auch aus bildungsferneren Haushalten erreichen.
- Kommunen als Chancengeber weiter stärken: Um Aufstiegschancen ganz konkret vor Ort zu schaffen, braucht es starke und funktionierende Kommunen: Die Ausstattung der Schulen, die Schaffung von Kita-Plätzen, die Planung von Quartieren und die Umsetzung von Wohnbauvorhaben und auch die Wirtschaftsförderung – all das leisten die Städte, Gemeinden und Kreise und haben damit konkreten Einfluss auf die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Gerade in Krisenzeiten sind die Kommunen auch ein wichtiger Orientierungspunkt. Wir wollen die Kommunen deswegen weiter stärken – so wie wir das in Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen bisher bereits konsequent gemacht haben.

Chancen für Aufstieg schaffen – in Ausbildung und Studium

Nach dem Abschluss der Schule geht der Lebensweg weiter in den Beruf. Eine erfolgreiche Aufstiegsbiografie setzt dabei keinen akademischen Abschluss voraus – im

Gegenteil: Ausbildungen, zum Beispiel im Handwerk, sind oftmals Grundlage für echte Aufstiegslebensläufe. Die berufliche Bildung ist gerade eine Stärke des deutschen beruflichen Bildungssystems, weshalb nach unserer Überzeugung ein Meister auch gesellschaftlich ebenso viel wert sein muss wie ein Master. In Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen haben wir bereits viele Weichengestellt, um Auszubildende und Studierende zu stärken. Wir wollen zudem verstärkt die Gruppen in den Blick nehmen, bei denen Talente oftmals noch verschenkt werden, weil sie die Möglichkeiten einer Ausbildung nicht kennen, nach einem vorzeitig beendeten Studium nicht den Weg zu einer Alternative finden oder durch sonstige Umstände bereits etwas später im Leben mit Mitte 20 und darüber hinaus noch nach der eigenen Aufstiegschance suchen.

Zentrales Anliegen der Freien Demokraten bleibt die Durchlässigkeit aller Bildungsformen, auch und gerade der akademischen. In den 70er und 80er Jahren sind unter Regierungsmitsverantwortung der Freien Demokraten viele Hochschulen gegründet worden. Vielen Arbeiterkindern wurde durch die damalige Bildungsrevolution nach den eigenen Präferenzen und Begabungen der Zugang zu akademischer Bildung und damit Aufstieg ermöglicht. Dennoch beginnen nach wie vor viel weniger Kinder von Eltern ohne akademischen Abschluss ein Studium, hier bleibt also noch viel zu tun.

Auch nach Ausbildung oder Studium müssen alle Wege offenstehen – auch die Gründung eines eigenen Unternehmens, gerade durch junge Menschen. Denn die erfolgreiche Gründung eines eigenen Unternehmens ermöglicht nicht nur oft eine eigene Aufstiegsbiografie, sie ist auch der Antrieb, den unser Land braucht, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu sein.

Wir Freien Demokraten wollen:

- Auszubildende entlasten, Teilzeit-Ausbildungen ausbauen und die Internationalisierung der Ausbildung voranbringen: Wir wollen Auszubildende weiter von finanziellen Belastungen befreien und prüfen, wo für schulische Ausbildungen etwaige Schulgelder abgeschafft werden können. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen wir uns für die Ausweitung der Möglichkeiten einer Teilzeit-Ausbildung ein. Analog zum Erasmus-Studienaufenthalt soll für Ausbildungen mit blockweisen Berufsschulphasen die Option geschaffen werden, einen Teil der Schulphase an einer Partnerschule im Ausland zu absolvieren.
- Junge Gründer fördern: Andere Länder sind uns bei Gründungen von Menschen unter 25 Jahren weit voraus – hier müssen wir dringend aufholen und Jugendliche bereits frühzeitig durch Entrepreneurship Education in der Schule an Unternehmertum heranzuführen. Gründen ab 16 Jahren muss zudem leichter möglich werden.
- das NRW-Gründerstipendium weiter voranbringen: Inzwischen konnten bereits über 2.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten bis zu ein Jahr lang mit jeweils 1.000 Euro monatlich gefördert werden. Unabhängig vom persönlichen oder familiären finanziellen Hintergrund konnten sich die Gründerinnen und Gründer so ganz auf ihre Geschäftsidee konzentrieren. Wir begrüßen, dass das Gründerstipendium um weitere drei Jahre verlängert und das Netzwerk und die ideellen Unterstützungsleistungen weiter ausgebaut werden.
- auch Gründerinnen und Gründer im Handwerk ermutigen, durch den Weg in die Selbständigkeit Aufstiegschancen zu realisieren: Dazu haben wir die Meistergründungsprämie NRW unkomplizierter gestaltet und von bislang 7.500

Euro auf bis zu 10.500 Euro erhöht. Insgesamt stellen wir hierzu im Landeshaushalt in den nächsten drei Jahren 13,5 Millionen Euro bereit.

- Nordrhein-Westfalen bis 2025 in die TOP 10 der europaweit führenden Start-up-Regionen bringen: Talente wie die Gründer von Biotech wollen wir auch bei uns bis zur Spitze führen und nicht vorher an andere Regionen der Welt verlieren. Dazu werden wir noch in diesem Jahr unser Scale-up-Programm starten und damit die besten jungen Unternehmen bei der Internationalisierung ihres Geschäftsmodells unterstützen. So wollen wir auch starke Chancenkapitalgeber und Business Angel noch mehr als bisher für Nordrhein-Westfalen interessieren. Bereits gestärkt haben wir die Finanzierungsangebote der NRW.BANK: das Programm „NRW.Start-up akut“ ist neu aufgelegt; die wichtigen Start-up-Eigenkapitalprogramme NRW.SeedCap und NRW.BANK.Venture Fonds sind verstärkt.
- Gründungen aus der Hochschule weiter fördern, um den Aufstieg von Talenten aus dem akademischen Bereich zu stärken: Über den Wettbewerb ‚Exzellenz Start-up Center.NRW fördern wir sechs Universitäten in den kommenden fünf Jahren mit insgesamt 150 Millionen Euro, damit diese zu Leuchttürmen der Gründungsszene werden. Social Entrepreneurship stärken: Im Bereich des Social Entrepreneurship tragen Unternehmen oft ganz konkret dazu bei, mehr Chancengerechtigkeit für Menschen in allen Lebensphasen zu ermöglichen. Hier werden die Chancen unternehmerischer Freiheit in besonderer Weise mit gesellschaftlicher Verantwortung verbunden. Daher unterstützen wir diesen wichtigen Bereich wirtschaftlichen Handelns auch weiterhin bei allen unseren Initiativen.
- Gründungs-Bürokratie abbauen: Ein wesentlicher Hemmschuh für den Aufstieg durchunternehmerische Initiative besteht noch immer in der Gründungs-Bürokratie. In Nordrhein-Westfalen sind wir vorangegangen und haben zwischenzeitlich mit dem Wirtschaftsserviceportaleine bundesweit führende Plattform für unkompliziertere Gründungen entwickelt: Gründerinnen und Gründer können elektronisch und medienbruchfrei ihr Unternehmen anmelden und zahlreiche weitere wirtschaftsbezogene Verwaltungsleistungen vollständig digital in Anspruch nehmen. Dieses Portal wollen wir um weitere für Unternehmen relevante öffentliche Genehmigungs- und Serviceleistungen ausbauen. konkrete Perspektiven für Studienabbrecher: Unter anderem durch eine umfassende Anerkennung von Prüfungsleistungen für den Übergang in das Ausbildungssystem wollen wir Studien abbrechern eine Brücke in die Berufsausbildung bauen. Zudem wollen wir Beratungsangebote fördern, die Wege aufzeigen, einen schnellen berufsqualifizierenden Abschluss zu erwerben oder in ein duales Studiensystem zu wechseln.
- ein BAföG-Update: Das BAföG muss endlich elternunabhängig werden. Die freie Wahl der Ausbildung darf nicht länger von der Unterstützungskraft oder -bereitschaft der Eltern abhängen. Zudem brauchen wir eine Reform des Aufstiegs-BAföG. Um Aufstiegsfortbildungen in jeder Lebenssituation zu erleichtern, sollte auch der Unterhaltsbeitrag für Teilzeitprogramme geöffnet werden. Das Schüler-BAföG wollen wir erhöhen, ab dem ersten Schultag zugänglich machen und eine Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe ansteigende Lebenshaltungskosten sicherstellen.
- ein Freiraumkonto mit Midlife-BAföG: Im weiteren Lebensweg wollen wir nicht nur materielle Aufstiegschancen sichern, sondern auch Teilhabe durch (Weiter-)Bildung und Integration. Bildung ist der Schlüssel für soziale Mobilität – und

bleibt es auch nach Ausbildung oder Studium. Nicht zuletzt der digitale Wandel macht es nötig, dass wir immer weiter lernen. Aber ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben kostet Geld. Auf einem digitalen Freiraumkontosollte jede Bürgerin und jeder Bürger steuer- und sozialabgabenfrei eigenes Einkommen ansparen können. Dieses Geld kann dann etwa für Weiterbildung oder den Verdienstausschlag bei Fortbildungen genutzt werden. Für Menschen mit kleineren Einkommen brauchen wir zusätzlich ein jährliches „Midlife-Bafög“ in Höhe von 1.000 Euro pro Jahr vom Staat. Denn auch sie müssen, wie alle anderen auch, die Möglichkeit haben, sich für den Arbeitsmarkt der Zukunft fit zu machen. Dafür wollen wir die Hochschulen unseres Landes mit Blick auf die Veränderungen durch den digitalen Wandel auch zu Orten für Weiterbildung für Berufstätige machen. Gerade weil die Hochschulen die Umstellung auf digitale Lehre in der Pandemie flächendeckend sichergestellt haben, gibt es jetzt eine Infrastruktur, die die Einrichtung eines digitalen Weiterbildungs-Campus an jeder Hochschule möglich macht. Langfristig unterstützen wir die Ausgründung von Fortbildungs-Akademien, die fortlaufend Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung entwickeln.

Aufstieg braucht die Chance auf Wohneigentum

Für junge Menschen in Ausbildung und Studium, aber gerade auch junge Familien ist bezahlbares Wohnen in manchen Regionen und vor allem Städten zu einer echten Herausforderung geworden. Im Lebensweg ist dies deswegen oftmals eine der nächsten Gabelungen, die über weitere Chancen entscheiden.

Klar ist: Kein Verbot, kein Deckel und keine sonstige Marktregulierung schaffen eine neue Wohnung. Neuer Wohnraum und damit ein größeres Angebot für die noch größere Nachfrage entsteht nur, wenn dieser gebaut wird. Hier haben wir die Rahmenbedingungen durch den flexibilisierten Landesentwicklungsplan (LEP), die modernisierte Landesbauordnung, eine attraktivere Wohneigentumsförderung des Landes und eine Allianz für Wohnungsbau sowie die bundesweit höchste Summe für den öffentlich geförderten Wohnungsbau bereits verbessert. Weitere Schritte müssen folgen, damit noch schneller mehr neue Wohnungen angeboten werden können. Das gilt sowohl für den Bau und damit das Angebot von erschwinglichen Mietwohnungen als auch für die Erreichbarkeit von selbstgenutztem Wohneigentum für deutlich mehr Menschen als bisher.

Entsteht neuer Wohnraum, sollten Chancen zur Quartiersgestaltung aktiv genutzt werden, um Aufstiegschancen zu fördern – beispielsweise durch eine Verteilung von gefördertem Wohnraum auf viele Stadtbezirke. Denn vielfältige Angebote und sozial durchmischte Wohnsituationen begünstigen soziale Mobilität, bürgerschaftlichen Zusammenhalt und die Integration. Dazu trägt auch bei, attraktivere öffentliche Räume zu schaffen und die Infrastruktur zu entwickeln.

Wir Freien Demokraten wollen:

- einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer: Die Einführung eines Freibetrags für den Kauf von selbst genutzten Wohnimmobilie wäre die wirksamste und effizienteste Maßnahme, um gezielt etwa junge Familien beim Erwerb von Eigentum zu unterstützen. Die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer ist daher ein wichtiges Mittel, um Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb einer Wohnimmobilie zu entlasten und soll auf allen politischen

und institutionellen Ebenen verfolgt werden. Mit einer Bundesratsinitiative hat Nordrhein-Westfalen bereits einen wichtigen Schritt zur Einführung eines Freibetrags unternommen. Als FDP fordern wir von allen Bundesländern und insbesondere von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD im Bundestag Unterstützung für die Initiative, sodass die Einführung eines Freibetrags zügig umgesetzt werden kann. Sollte durch mögliche Blockaden der anderen Länder oder des Bundes diese zielgerichtete Entlastung der Bürgerinnen und Bürger insbesondere junger Familien beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum nicht möglich sein, müssen andere Entlastungsmaßnahmen erfolgen. Deshalb setzen wir uns für eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes in Nordrhein-Westfalen in dieser Legislaturperiode ein, sofern die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb selbst genutzter Immobilien scheitern sollte. Dabei werden wir im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten auch einen zweiten ermäßigten Steuersatz ins Auge fassen – ausschließlich bestimmt für den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch natürliche Personen und anwendbar bis zu einem Höchstbetrag.

- die Förderung des Wohnungsbaus zielgenauer machen: Obwohl kein Bundesland so viel Geld für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung stellt wie NRW, werden immer noch zu wenige Wohnungen damit gebaut. Wir wollen deshalb alle etwaigen Hürden identifizieren und beseitigen, damit auch alle Fördermittel wirklich für neue Wohnungen genutzt werden. Zudem wollen wir Anreize für weitere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau verbessern, beispielsweise durch Pensionsfonds.
- einen sozialen Wohnungskauf: Wir wollen mehr Mieter zu Eigentümern machen. Deswegen setzen wir auf Mietkauf-Modelle, die auch Menschen, die es sich bisher nicht leisten können, den Erwerb von Wohneigentum ermöglichen. Neben Modellen mit einem Tilgungskostenzuschuss sind auch Vorfinanzierungsansätze denkbar. Hierbei soll privates Wohneigentum nicht staatlich finanziert werden, es soll vielmehr ein Rahmen geschaffen werden, in dem eine Finanzierung aus eigener Kraft möglich wird. Zur Umsetzung setzen wir auch auf private Partner und öffentlich-private Partnerschaften. Wir schlagen vor, dass das Land in Zusammenarbeit mit einer Kommune und gegebenenfalls einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft oder anderen Partnern ein Modellprojekt entwickelt, gegebenenfalls auch unter Nutzung von Erbpachtmodellen. Ferner wollen wir Anreize schaffen, damit im kommunalen Wohnungsbau ein bestimmter Anteil neuer Wohneinheiten in Mietkauf-Modellen entwickelt wird. Hierzu wollen wir eine entsprechende Verwendung der Eigentumsförderung prüfen.
- eine Offensive für mehr Bauland: Neben der Initiative Bau.Land.Leben und der Verdoppelung des Finanzrahmens für die kooperative Baulandentwicklung wollen wir prüfen, welche landeseigenen Flächen zusätzlich als Bauland mobilisiert werden können. Weitere Baumöglichkeiten sollen durch Baulückenkataster und eine systematische Erfassung von Nachverdichtungspotenzialen erkannt werden. Bei der Entwicklung knapper innerstädtischer Flächen wollen wir sicherstellen, dass neben freier Bebauung auch ein Anteil für sozialen Wohnungsbau sowie für Mietkauf-Modelle vorgesehen wird.
- einen Genehmigungs-Turbo: Die Anstrengungen für schnellere Baugenehmigungen – Digitalisierung der Bauanträge, Verkürzung der

Vollständigkeitsprüfung auf zehn Tage, mehr Wettbewerb zwischen den Kommunen – wollen wir fortsetzen und durch konkrete Ziele für Genehmigungen für neuen Wohnraum einen Anreiz für schnellere Verfahren schaffen.

- Werks- und Mitarbeiterwohnungen fördern: Wir wollen, beispielsweise durch den Zubau notwendiger Infrastruktur, Anreize schaffen, dass auch Unternehmen in die Schaffung von attraktivem und finanzierbarem Wohnraum für ihre Mitarbeiter investieren. Gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel liegt hier auch für Unternehmen angehobenes Potenzial.
- eine Planungsreserve aufbauen: Wir schlagen vor, landesseitig begrenzte personelle Kapazitäten aufzubauen, die durch einzelne Kommunen gezielt abgerufen werden können, wenn unvorhergesehene personelle Engpässe in Bauämtern vor Ort zu massiven Genehmigungsverzögerungen führen. Mit dieser unbürokratischen Task-Force sollen weder Doppelstrukturen aufgebaut, noch Personal von den Kommunen abgezogen werden.
- Bauland auch zum Bauen nutzen: Wir setzen uns dafür ein, Baugebote überall dort auszusprechen, wo Bauland gezielt entwickelt wird, damit sich Familien Eigentum aufbauen können. In Neubaugebieten soll beispielsweise durch Rückkaufrechte der Kommune sichergestellt werden, dass auch tatsächlich neu gebaut wird.
- günstigen Wohnraum für Auszubildende und Studierende fördern: Eine Ausbildung darf nicht daran scheitern, dass die oder der Auszubildende keinen erschwinglichen Wohnraum am Ausbildungsort findet. Deswegen wollen wir die Erfahrung bestehender Projekte auswerten und auf der Grundlage den Aufbau von Wohnheimen für Auszubildende fördern. Ebenso dürfen gerade in den Ballungsräumen steigende Wohnkosten nicht zu einer Hürde für das Studium werden.

Aufstieg als Weg zu Eigentum erleichtern

Eigentum macht unabhängig. Die beste Altersvorsorge sind die eigenen vier Wände. Sich Eigentum aufzubauen muss aber auch abseits von Immobilien leichter werden. Voraussetzung, um beginnend ab dem Start ins Berufsleben, vor allem aber auch im weiteren Lebensverlauf Eigentum erwerben zu können, ist, dass vom Einkommen aus der eigenen, harten Arbeit am Ende des Monats auch etwas übrig ist. Die Chancen zum Vermögens- und Eigentumsaufbau müssen deswegen deutlich verbessert werden. Insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige mit geringen und mittleren Einkommen haben vielfach nicht die Möglichkeit, ausreichend zu sparen, denn kein Land außer Belgien belastet diese heute mit Steuern und Abgaben stärker als Deutschland. Für uns ist klar: Jede und jeder soll von seiner eigenen Hände Arbeit leben können. Politik muss den Rahmen schaffen, der Anstrengung und Leistung wertschätzt und belohnt – von einer geringen Abgabenlast bis zur Gestaltung einer modernen Arbeitswelt, die so flexibel ist, dass die Menschen auch so arbeiten können, wie sie es wollen.

Durch die historisch niedrigen Zinsen ist eine Vermögensbildung durch Anleihen oder Festgeld geradezu unmöglich, auch weil die Förderung – falsch – zu sehr festverzinsliche Anlagen bevorzugt. Die Sparzinsen sind durch die Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank weiterhin historisch niedrig. Die Inflation frisst so erspartes Vermögen auf und der Aufbau von Eigentum auf klassischem Sparwege wird erschwert. Nach

Auffassung der Freien Demokraten muss deswegen die Aktienkultur in Deutschland gestärkt werden. Für Deutschland gilt im Besonderen, dass auch die Altersvorsorge aktienorientierter werden muss. Insgesamt gilt: Zu einer guten Aufstiegsperspektive und fairen Chancen, auch im Alter von Eigentum profitieren zu können, gehört eine gute Altersvorsorge. Der demografische Wandel fordert das Rentensystem ohnehin heraus; die Rentenpolitik der Großen Koalition hat diese Herausforderung noch einmal verschärft. Wir wollen deswegen alle drei Säulen der Altersvorsorge stärken.

Wir Freien Demokraten wollen:

- Mitarbeiterbeteiligung erleichtern: Unser Ziel ist die Verbesserung der rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen. Die ungerechtfertigte Benachteiligung der Erträge aus Investitionen in Kapitalgesellschaften muss beendet werden, insbesondere bei Belegschaftsaktien. Dies ist bei weitem nicht nur, aber gerade auch für Startups und neue Unternehmen entscheidend, nicht nur zur Mitarbeiterbindung. Im Digitalzeitalter entstehen ganz neue Firmen und potenzielle neue Giganten. Wir wollen nicht nur, dass diese häufiger als bisher in Deutschland entstehen – sondern auch, dass von Anfang an Mitarbeiter zu Teilhabern werden. Dazu setzen wir uns für eine Anhebung des Steuerfreibetrages bei Mitarbeiterkapitalbeteiligungen auf 5.000 Euro und eine Anpassung des Zeitpunktes der Besteuerung auf den tatsächlichen Zufluss von Liquidität ein. Wir wollen zudem eine Informationskampagne starten, um Mitarbeiterbeteiligungen als Eigentumsturbo zu fördern.
- eine steuerliche Reformagenda: Wir setzen uns für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ein. Dafür schlagen wir unter anderem einen vollständigen Abbau des Solidaritätszuschlages und einen stufenweisen Abbau des Mittelstandsbauches bis 2024 vor. Wir setzen uns für eine regelmäßige Anpassung des Steuertarifs einschließlich der Freibeträge, Freigrenzen und Pauschbeträge an die Entwicklung von Gehältern und Preisen ein.
- die Aktienkultur stärken: Um die Aktienkultur auch finanziell in der Mitte der Gesellschaft zu fördern, wollen wir zum einen deutlich höheren Sparerpauschbetrag, insbesondere für Aktiensparer zur Förderung von Dividendengewinnen. Wir wollen zum anderen für Wertpapiere, inklusive ETFs und Fonds bzw. Fondsanteile, eine Steuerfreiheit für Kursgewinne nach einer dreijährigen Haltedauer insbesondere für regelmäßige Sparpläne. Die Beibehaltung des Solidaritätszuschlages auf Kapitaleinkünfte und die geplante Finanztransaktionsteuer sind zudem Gift für eine Aktienkultur in Deutschland.
- frühzeitig an Aktien heranführen: Wir setzen uns dafür ein, dass bereits in der Schule Einverständnis des Aktienhandels gefördert wird, beispielsweise im Rahmen des Schulfachs Wirtschaft in allen Schulformen. Ein konkreter Ansatz dafür sind zudem geförderte Kleindepots.
- Riester-Rente und Rürup-Rente reformieren, Altersvorsorge-Depot schaffen und gesetzliche Aktienrente einführen: Riester- und Rürup-Rente sollen zusammengeführt, reformiert und für alle Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden, ebenso die Direktversicherung. Wir wollen zudem eine besonders attraktive Form der privaten Altersvorsorge durch ein „Altersvorsorge-Depot“ schaffen, das ohne obligatorischen Versicherungsmantel auskommt und das Beste aus den verschiedenen Konzepten vereint: Zulagen-Förderung (z.B. Riester-Rente), steuerliche Förderung (z.B. Rürup-Rente) und die Flexibilität und die Rendite-Chancen des amerikanischen 401k. Durch eine umfängliche

Übertragbarkeit der Versorgungsansprüche („Portabilität“) soll jederzeit ein Anbieterwechsel möglich sein. Dies stärkt den Wettbewerb unter den Finanzdienstleistern und senkt die Kosten. Schließlich schlagen wir vor, dem schwedischen Beispiel zu folgen und die verpflichtende erste Säule unseres Rentensystems künftig auf zwei Pfeiler zu stellen und so endlich für Demographiefestigkeit zu sorgen. Aus sozialversicherungspflichtigen Entgelten wird dabei genau derselbe Betrag wie bisher für die Altersvorsorge aufgewendet, ein kleiner Anteil von zum Beispiel zwei Prozent wird aber in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge angelegt, die unabhängig verwaltet wird, eben die Gesetzliche Aktienrente.

- die Zuverdienstregelungen für ALG II-Empfänger reformieren: Eine der aufstiegsfeindlichen Regelungen unseres Sozialstaats sind die aktuellen Zuverdienstregelungen für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II. Wir wollen, dass es sich endlich lohnt, mehr zu arbeiten und Schritt für Schritt in die finanzielle Selbstständigkeit zu wachsen. Es muss insbesondere attraktiver werden, vom Mini- in den Midijob zu wechseln und dort die Stundenzahl immer mehr auszuweiten. Schülerinnen und Schülern aus Familien im Arbeitslosengeld II-Bezug soll der Minijob anders als heute gar nicht mehr angerechnet werden, damit nicht schon beim ersten selbst verdienten Geld schlechtere Chancen aufgrund der Herkunft konkret erlebt werden.
- bessere Chancen für Heim- und Pflegekinder: Sie müssen ihr ebenfalls selbstständig verdientes Geld behalten können. Sie dürfen nicht mehr zur Finanzierung ihrer Unterbringung herangezogen werden. Zudem muss eine Verlängerung der Unterbringung im Jugendheim oder bei Pflegefamilien auch über das 18. Lebensjahr hinaus unkompliziert möglich sein, solange die Jugendlichen noch zur Schule gehen oder sich in einer Berufsausbildung befinden. So erleichtern wir den Betroffenen die Erlangung von Berufs- und Schulabschlüssen, einschließlich der Hochschulreife.
- Fachkräfte und Talente aus der ganzen Welt einladen: Unsere Gesellschaft braucht im Zuge des demographischen Wandels mehr Fachkräfte, muss nach dem Vorbild erfolgreicher Einwanderungsländer wie Kanada Migration mit einem Punktesystem besser steuern und erfolgreicher im globalen Wettbewerb um neue Talente werden. Außerdem setzen wir uns für schnellere, einheitliche und praxistaugliche Anerkennungsverfahren von ausländischen Berufsabschlüssen ein. Zudem wollen wir Schulungsangebote zur interkulturellen Kompetenz im Ausbildungssystem, in Unternehmen und Behörden voranbringen und unsere Integrationsinfrastruktur vernetzen und ausbauen, um jedem Menschen mit Einwanderungsgeschichte passgenaue, seinen Potenzialen und Bedarfen entsprechende Integrationsangebote vor Ort machen zu können.